

## Liebe Leserinnen und Leser,

Ihre Meinung ist uns wichtig! Wir möchten Sie deshalb herzlich bitten, uns dabei behilflich zu sein, den Newsletter „Migration und Bevölkerung“ stets aktuell und ansprechend zu präsentieren. Wir laden Sie daher ein, bei unserem **Preiswettbewerb** mitzumachen! Das ist ganz einfach – Sie beantworten einen kleinen Fragebogen, geben Ihre E-Mail-Adresse an, und schon nehmen Sie an der **Verlosung einer Reise** teil.

Was wollen wir mit dem Fragebogen erreichen? Wir wollen erkunden, in welchen Bereichen der Newsletter weiterentwickelt werden kann. **Uns interessiert Ihre Meinung zu den Inhalten und zum Erscheinungsbild.** Welche Themen sollen in Zukunft verstärkt werden? Welche Informationsangebote sind für unsere Leserinnen und Leser besonders attraktiv?

Die Beantwortung der Fragen nimmt nicht mehr als 7-10 Minuten in Anspruch. Auf unserer Internetseite: <http://www.migration-info.de> oder unserer Partnerseite:

<http://www.focus-migration.de> können Sie per Mausklick Ihre Stimme abgeben. Ihre Daten werden von uns selbstverständlich vertraulich behandelt.

Unter den Teilnehmern wird eine mehrtägige Reise der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) verlost. Im Rahmen des MOE-Forums „Berlin begegnet Osteuropa“ geht es in der zweiten Jahreshälfte 2006 für **jeweils 3 Tage** nach **Berlin und Sofia**. Das Thema der Bildungsreise ist „Sofia - die südöstlichste EU-Metropole der Zukunft?“. Der Preis wird von der bpb und dem Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) gestiftet.

Einsendeschluss ist der **15. Januar 2006**. Die Verlosung findet am 17. Januar 2006 statt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Wir freuen uns auf Ihr Feedback!

Die Redaktion  
und das Team von *focus Migration*

## Marokko / Spanien: Massive Einreiseversuche in Exklaven

Inhalt	
Liebe Leserinnen und Leser	1
Marokko / Spanien: Massive Einreiseversuche in Exklaven	1
Deutschland: „Ehrenmord“-Prozess in Berlin	2
Kurzmeldungen – Deutschland I	2
Schweiz: Verschärfte Asylgesetzgebung	3
Kurzmeldungen – Deutschland II	4
Infobox: Deutschland: Ausgabe der e-Pässe hat begonnen	4
EU: Reaktionen auf das Flüchtlingsdrama in Ceuta / Melilla	4
Kurzmeldungen – Europa	5
Weiterbildung / Veranstaltungen	5
Kurzmeldungen – Welt	6
Literatur	6
Zusätzlich in der Internetausgabe: ( <a href="http://www.migration-info.de">http://www.migration-info.de</a> )	
USA: Bekämpfung illegaler Einwanderung	
Sudan: Eskalation der Gewalt in Darfur	
UNFPA: Weltbevölkerungsbericht 2005	
Globale Migrationskommission legt Bericht vor	

Rund 4.000 Menschen versuchten seit Ende August, die Grenzzäune um die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla in großen Gruppen zu überwinden. Sie kamen größtenteils aus Staaten des subsaharischen Afrika. Etwa 1.000 Menschen ist die Einreise in spanisches Territorium gelungen. Gleichzeitig kamen 14 Menschen ums Leben. Die Reaktionen der spanischen, vor allem aber der marokkanischen Behörden wurden scharf kritisiert.

Im Zeitraum vom 27. September bis 6. Oktober waren die Einreiseversuche in die spanischen Exklaven (siehe Box S. 2) auf nordafrikanischem Boden am stärksten. In nur 10 Tagen versuchten über 3.000 Afrikaner, ohne Genehmigung in die spanischen Territorien einzureisen, v. a. nach Melilla. Über 900 Versuche waren erfolgreich. Hunderte Migranten trugen allerdings Verletzungen davon. Bis Mitte Oktober fanden 14 Menschen

Grenzbeamte, die in Ausnahmefällen Gummigeschosse verwenden. Schädigungen der inneren Organe können dabei zum Tod führen. Andere erlitten Verletzungen, die sie sich beim Klettern über den Zaun zugezogen hatten, oder sie wurden überrannt.

Die Migranten stammen überwiegend aus den westafrikanischen Staaten Ghana, Guinea-Bissau, Kamerun, Mali, Nigeria und Senegal.

Das Phänomen der illegalen Einreise in die spanischen Exklaven ist nicht neu. In den ersten acht Monaten des Jahres 2005 wurden rund 11.000 Versuche am Grenzzaun der Stadt Melilla gezählt, so die für den Grenzschutz zuständige Gendarmerie (Guardia Civil). Eine neue Dimension wurde dadurch erreicht, dass die Migranten in Gruppen von bis zu 500 Personen versuchten, die Grenzanlagen zu überwinden. Bislang waren die Gruppen wesentlich kleiner.

Ein möglicher Hintergrund für die vermehrte Zahl illegaler Einreiseversuche in besonders großen Gruppen war die Ankündigung der spanischen Behörden, die Grenzzäune im gesamten Grenzabschnitt von drei auf sechs Meter zu erhöhen. Bis Ende 2005 sollen die Bauarbeiten an den Grenzanlagen um Ceuta und Melilla abgeschlossen werden.

Die Guardia Civil geht inzwischen davon aus, dass es in den kommenden Monaten weiterhin zu massiven Einreiseversuchen kommen wird. Die verzweifelten Versuche einer Erstürmung der Grenzanlagen gingen von Menschen aus, die bereits seit Monaten in Wäldern nahe der spanischen Exklaven campierten. Die provisorischen Lagerstätten wurden inzwischen von den marokkanischen Behörden geräumt. Nach Angaben der Europäischen Kommission sind derzeit weitere 30.000 Personen in Marokko und Algerien in Rich-

den Tod. Einige starben an den Folgen von Schussverletzungen durch marokkanische oder spanische

Melilla (68.000 Einwohner, 13,4 km<sup>2</sup>) wurde 1497 im Rahmen der *Reconquista* von den Spaniern erobert. Ceuta (75.000 Einwohner, 18,5 km<sup>2</sup>) wurde 1580 von Portugal an Spanien übereignet. Seit der Unabhängigkeit Marokkos (1956) sieht die marokkanische Regierung beide Exklaven zwar als Bestandteil ihres Territoriums an. De facto wird die Zugehörigkeit zu Spanien jedoch hingenommen. Jeweils 40–50 % der Bevölkerungen von Ceuta und Melilla sind Muslime. Beide Städte, die zugleich die einzigen Landgrenzen der EU zum afrikanischen Kontinent darstellen, sind von einer modernen Grenzanlage umgeben. Sie besteht aus zwei Zaunreihen in der Höhe von 3 bis 6 Metern, Kontrolltürmen, Überwachungskameras und Sensoren. Mit dem Bau der 8,3 km langen Grenzanlage in Ceuta wurde 1995 begonnen, der 10,2 km lange Grenzzaun um Melilla wurde ab 1996 errichtet.

tung Europa unterwegs.

Ein weiterer Hintergrund für die Zunahme der Einreiseversuche ist die zu beobachtende Verschiebung der Migrationsrouten (vgl. MuB 10/03). Nachdem die spanischen Behörden seit Sommer 2002 das radargestützte Grenzüberwachungssystem SIVE (Integriertes System zur Außenüberwachung) kontinuierlich an den Küstenstreifen Andalusiens und der Kanarischen Inseln ausgebaut haben, ist die Überfahrt auf dem Seeweg schwieriger und kostenintensiver geworden.

Nach den massiven Einreiseversuchen Ende September setzte die spanische Regierung 480 bereits in den Exklaven stationierte Soldaten und Fremdenlegionäre zur Verstärkung des Grenzschutzes ein. Außerdem kündigte Innenminister José Antonio Alonso

(PSOE) die Errichtung eines dritten vorgelagerten Grenzzaunes an. Während eines bilateralen Treffens im andalusischen Sevilla Ende September kündigte auch die marokkanische Regierung die Entsendung von insgesamt 1.600 zusätzlichen Polizei- und Militärkräften in die Grenzregionen an. Zur Verbesserung der Sichtbarkeit von Migranten begannen marokkanische Einheiten bereits mit der Abholzung von am Grenzstreifen gelegenen Waldgebieten.

Auf scharfe Kritik stieß die Entscheidung der spanischen Regierung unter José Luis Zapatero (PSOE), ein 1992 mit Marokko geschlossenes Rücknahmeabkommen wieder zu beleben und im Fall der nach Ceuta und Melilla eingedrungenen Migranten anzuwenden. Am 6. Oktober schoben die spanischen Behörden mindestens 73 Personen nach Marokko zurück. Das Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) gab zu bedenken, dass unter

den Zurückgeschobenen auch Personen sein könnten, die einen berechtigten Anspruch auf Asyl hätten. Spanien breche mit seiner Vorgehensweise das Abschiebeverbot der Genfer Flüchtlingskonvention („non-refoulement“, Art. 33). Nach Angaben des UNHCR betrug die Anerkennungsquote von Asylbewerbern in Ceuta bislang etwa 10 %. Vertreter des UNHCR kündigten eine Sonderuntersuchung an.

Die marokkanischen Behörden begannen unterdessen, sowohl die aus Spanien zurückgeschobenen Personen als auch auf marokkanischem Boden aufgegriffene Migranten festzusetzen und abzuschieben. Über 2.500 Personen wurden in Flugzeugen in ihre Heimatländer abgeschoben, davon 1.135 nach Mali, 1.121 in den Senegal, 129 nach Kamerun, 93 nach Guinea und 60 nach Gambia. Weitere 1.500 Migranten wurden in Bussen in die Nähe der algerischen und mauretanischen Grenzen (West-Sahara) gebracht. Vertreter der Nichtregierungsorganisation „Ärzte ohne Grenzen“, die den Buskonvois folgten, berichteten von unzumutbaren Zuständen. Demnach waren die Insassen per Handschellen aneinander gekettet und es wurden zu wenige Pausen beim Transport eingelegt.

Der Versuch Marokkos, einen Teil dieser Migranten nach Mauretanien abzuschieben, misslang, da die mauretanische Regierung eine Übernahme ablehnte. Mindestens 250 Migranten galten mehrere Tage als in der West-Sahara verschollen. Helikopter der Vereinten Nationen überflogen tagelang die Wüstenregion, um nach ihnen zu suchen. Während die marokkanische Regierung das Aussetzen von Migranten in der Wüste dementierte, bestätigte die west-saharische Befreiungsarmee Polisario, dass sie kleinere Gruppen von erschöpften Menschen gefunden habe.

Nach Bekanntwerden dieser Maßnahmen stellte die spanische Regierung die Rückführung von subsaharischen Migranten nach Marokko vorerst ein. Auch die marokkanische Regierung sah sich angesichts des internationalen Drucks, u. a. seitens der Afrikanischen Union (AU), dazu veranlasst, die Migranten wieder aus den Wüstenregionen zurückzuholen.

Der spanische Außenminister Miguel Ángel Moratinos (PSOE) kündigte Ende Oktober an, die Verhandlungen um Rückführungsabkommen mit weiteren westafrikanischen Staaten voranzutreiben, v. a. mit Gambia, Ghana, Guinea-Conakry, Kamerun, Mali und dem Senegal. Im Falle Afrikas verfügt Spanien bereits über Rückführungsabkommen mit Algerien, Guinea-Bissau, Marokko, Mauretanien und Nigeria. Migranten, die aus anderen Staaten kommen oder aber deren Herkunft etwa aufgrund fehlender Dokumente nicht nachgewiesen werden kann, erhalten nach einer Untersuchungsdauer von maximal 40 Tagen eine Ausreisearrondnung, die sie zum Verlassen des spanischen Territoriums auffordert. *sta*

Weitere Informationen:

<http://www.aerzte-ohne-grenzen.de>

<http://www.es.amnesty.org> (spanisch)

<http://extranjerios.mtas.es/en/index.html> (spanisch)

<http://www.guardiacivil.org> (spanisch)

#### Kurzmeldungen – Deutschland I

**Weniger Abwanderung aus dem Osten**  
Die Abwanderung aus den neuen in die alten Bundesländer geht weiter zurück. Das gab das Statistische Bundesamt Anfang Oktober bekannt. Demnach wanderten im Jahr 2004 rund 146.400 Menschen ins alte Bundesgebiet ab, etwa 94.700 Bürger kamen nach Ostdeutschland. Zum Vergleich: 2003 waren noch 155.400 Menschen aus den neuen Bundesländern abgewandert (97.000 von West nach Ost). Der Höchststand datiert aus dem Jahre 1991, als 229.200 Menschen den Osten verließen (63.800 in umgekehrter Richtung). Seit 2001 sind die Abwanderungszahlen rückläufig. Auch im vergangenen Jahr verließen vor allem Jüngere den Ostteil des Landes: 54 % der Abgewanderten waren zwischen 18 und 30 Jahre alt. <http://www.bib-demographie.de/index2.html>

**PKK-Zeitungsverbot aufgehoben**  
Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat das Verbot der türkischsprachigen PKK-Zeitung „Özgür Politika“ (deutsch: „Freie Politik“) vorläufig aufgehoben. Die in Leipzig eingereichte Klage gegen das Verbot der Zeitung werde voraussichtlich Erfolg haben, so das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in seiner Begründung. Das Gericht attestierte dem Verbot, „mangelndes öffentliches Interesse“, obwohl der Zeitung nachgewiesen wurde, dass sie in die PKK-Organisationsstruktur eingebunden ist.

In der Hauptverhandlung des Eilverfahrens muss aber noch über die endgültige Verbotsaufhebung entschieden werden. Die Zeitung kann somit vorläufig wieder erscheinen. Erst am 30. August hatte Innenminister Otto Schily (SPD) den sofortigen Vollzug des Verbots angeordnet (vgl. MuB 8/05).

## Deutschland: „Ehrenmord“-Prozess in Berlin

Im so genannten „Ehrenmord“-Prozess vor dem Berliner Landgericht zeichnet

sich noch kein Urteil ab. Seit Mitte September wird über den Mord an der türkischstämmigen Hatun Sürücü verhandelt („Ehrenmord“ siehe Box S. 3).

Die 23-Jährige wurde am 7. Februar 2005 vermutlich von ihrem Bruder Ayhan durch drei Kopfschüsse an einer Bushaltestelle in Berlin getötet. Er ist zwar geständig, jedoch wird seine Aussage gegenwärtig überprüft. Wegen gemeinschaftlichen Mordes sind die beiden älteren Brüder Alpaslan und Mutlu mitangeklagt.

#### Der Begriff des „Ehrenmords“

Bei einem so genannten „Ehrenmord“ muss eine Kränkung der Ehre der männlichen Familienmitglieder vorliegen. Die Ehrverletzung hängt meist mit dem Verlust der Jungfräulichkeit oder sexueller Untreue von weiblichen Familienmitgliedern zusammen. Die Sühne wird gemeinschaftlich beschlossen. Meist geschieht dies im Familienrat und wird vom Familienältesten angeordnet. Ein Mord aus Zorn oder Eifersucht ist also nicht notwendigerweise ein Ehrenmord.

Ehrenmorde werden vor allem in islamisch geprägten Staaten begangen, sie sind nach Angaben der UNO aber auch in nicht-islamischen Kulturen bekannt, etwa als so genannte Blutrache in Ecuador und Italien. Literarisch belegt sind ähnliche Phänomene etwa bei „Effi Briest“ von Theodor Fontane oder „Alexis Sorbas“ von Nikos Kazantzakis.

Die Berliner Staatsanwaltschaft hat sämtliche Ermittlungen gegen den Vater und weitere Brüder der Familie Sürücü eingestellt. Dadurch ist die Bezeichnung „Ehrenmord“ zumindest fragwürdig geworden.

Die UNO schätzt die Zahl der jährlich im Namen der Ehre ermordeten Frauen auf ca. 5.000. Gesonderte Statistiken über Ehrenmorde in Deutschland gibt es nicht. Allein in Berlin werden fünf aktuelle Fälle dieser Kategorie zugeordnet. Der Kultur- und Sozialanthropologe Werner Schiffauer von der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder gibt jedoch zu bedenken, dass in vier der fünf Berliner Fälle andere Motive als die Ehre ausschlaggebend gewesen seien, z. B. die drohende Abschiebung nach einer Scheidung. Mit dem Etikett „Ehrenmord“ würde man eine „komplexe soziale Realität zu kleben“. „Man muss [...] die jungen Frauen unterstützen. Und man muss dringend Männerforschung betreiben, denn es sind ja die Männer, die mit ihrer Situation nicht klarkommen, wenn sie gewalttätig werden“, so Schiffauer. *chw*

Der Mordfall hat eine bundesweite Debatte über Integration und so genannte „Ehrenmorde“ nach sich gezogen (vgl. MuB 3/05).

Die Tatverdächtigen werden von der Zeugin Melek A. schwer belastet. Sie war zur Tatzeit die Freundin des Hauptverdächtigen. Sie sagte aus, der 19-Jährige habe ihr gegenüber die Beteiligung seiner Brüder an der Tat gestanden.

Hatun Sürücü war aus einer Zwangsheirat ausgebrochen und daraufhin mit ihrem 6-jährigen Sohn in eine eigene Wohnung gezogen. Sie lehnte es ab, ein Kopftuch zu tragen, begann eine Lehre und lebte außereheliche Partnerbeziehungen. Darüber soll es zum Bruch mit der Familie gekommen sein.

Die Staatsanwaltschaft mutmaßt, hinter dem alleinigen Geständnis Ayhans könnte das Kalkül stehen, dass er nach Jugendstrafrecht zu einer kürzeren Haftzeit verurteilt würde.

Die Staatsanwaltschaft spricht im Hinblick auf Familie Sürücü von einer misslungenen Integration. Vor 30 Jahren kamen die Eltern aus einer kurdischen Provinz in der Türkei nach Deutschland. Acht ihrer neun Kinder kamen in Berlin-Kreuzberg zur Welt. Dennoch lebt die Familie isoliert und lehnt die hiesige Lebensweise größtenteils ab.

Möglicherweise kam der Anstoß für den Mord aber von außen. Mutlu und Ayhan Sürücü besuchten regelmäßig die Eshab-i- Khef-Moschee in Berlin-Wedding. Die Gemeinde gilt als Abspaltung des verbotenen „Kalifatstaates“ von Metin Kaplan (vgl. MuB 8/04). Ein Urteil wird frühestens Mitte November erwartet. *chw*  
Weitere Informationen: <http://www.berlin.de/senjust/gerichte/KG/presse/index.html>, <http://www.kurden.de>

## Schweiz: Verschärfte Asylgesetzgebung

Das Schweizer Parlament hat Ende Oktober eine Verschärfung der Asylgesetze beschlossen. So wurde unter anderem der Sozialhilfestopp für abgelehnte Asylbewerber vereinbart. Die humanitäre Aufnahme für schutzbedürftige Personen wurde durch das Prinzip der „vorübergehenden Aufnahme“ ersetzt. Das UN-Hochkommissariat für Flüchtlingsfragen (UNHCR) zeigte sich über die Verschärfungen besorgt.

Nach den Änderungen des Asylgesetzes im Mai 2004 (vgl. MuB 3/04) hat die große Kammer des Schweizer Parlaments, der Nationalrat, weiteren Verschärfungen zugestimmt. Justizminister Christoph Blocher (Schweizerische Volkspartei - SVP) hatte die Änderungen vorgeschlagen. So erhalten abgelehnte Asylbewerber zukünftig keine Sozialhilfe mehr. In Zwangslagen gibt es nur noch eine Nothilfe, das heißt die Zusicherung für ein Obdach, Nahrung, Kleidung und medizinische Notversorgung. Dies soll abgelehnte Asylbewerber zur Ausreise bewegen. Nicht angenommen wurde jedoch eine zusätzliche Kürzung dieser Nothilfe bei unkooperativen Ausreisepflichtigen.

Gestrichen wurde auch das Prinzip der humanitären Aufnahme. Dies wurde angewandt, wenn die Ausweisung abgelehnter Asylbewerber wegen humanitärer Fragen als unzumutbar, unmöglich oder unzulässig galt. Die Betroffenen sollen zukünftig den Aufenthaltstitel der „vorläufigen Aufnahme“ erhalten. Ihre Fami-

lien können erst nach drei Jahren in die Schweiz einreisen, nicht wie bisher sofort nach Erhalt des Aufenthaltstitels.

Darüber hinaus müssen Asylbewerber den Behörden innerhalb von 48 Stunden Reise- und Ausweispapiere vorlegen, um das Antragsverfahren zu eröffnen. Wer dazu nicht in der Lage ist, muss künftig glaubhaft nachweisen, dass er aus entschuldigen Gründen keine Papiere vorlegen kann und weitere notwendige Überprüfungen gerechtfertigt sind. Dies steht in Konflikt mit den Vereinbarungen der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951. Das UNHCR betonte in diesem Zusammenhang, dass es für viele Flüchtlinge aufgrund behördlicher Verfolgung unmöglich sei, die nötigen Papiere zu besorgen. In anderen Ländern würden derlei Papiere gar nicht erst ausgestellt oder eingezogen. Ferner würden gültige Reisedokumente oft von Schleusern gestohlen oder vernichtet. Eine erneute Prüfung des Asylantrags, wenn dieser bereits einmal abgelehnt wurde, wird zukünftig gebührenpflichtig sein.

Ausländer ohne Bleiberecht können durch die Gesetzesänderungen künftig bis zu drei Tage zur Prüfung ihrer Identität und Nationalität festgehalten werden. Des Weiteren wurde eine generelle Ausweitung der verschiedenen Formen der Abschiebehaft beschlossen. Auch können künftig Daten zur Straffälligkeit einer Person bei der Auslieferung an das Herkunftsland übergeben werden. Auch an diesem Punkt übte das UNHCR

### Kurzmeldungen – Deutschland II

#### Deutschkenntnisse bei Einbürgerung

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat über das Ausmaß an erforderlichen Deutschkenntnissen bei der Einbürgerung entschieden (Az: BVerwG 5 C 8.05 und 5 C 17.05, 20.10.2005). Die Fähigkeit, ein einfaches Gespräch auf Deutsch zu führen, ist nicht ausreichend. Gewisse Kenntnisse der Schriftsprache seien erforderlich, so das Gericht. Dabei muss der Einbürgerungsbehrer nicht unbedingt selbst deutsch schreiben können, aber er muss „einen deutschsprachigen Text des täglichen Lebens lesen und deutsch diktieren sowie das von Dritten oder mit technischen Hilfsmitteln Geschriebene auf seine Richtigkeit überprüfen“ können. Wer deutsch weder schreiben noch lesen kann, dem bleibt die Einbürgerung verwehrt.

<http://www.bverwg.de>

#### Baden-Württemberg: Kopftuchverbot in Kindergärten geplant

Die christlich-liberale Landesregierung plant, das seit 2004 geltende Kopftuchverbot an Schulen (vgl. MuB 5/04; 8/04) auf öffentliche Kindergärten auszuweiten. Ein entsprechendes Gesetz soll noch vor den Landtagswahlen im März 2006 verabschiedet werden. Hintergrund ist eine Klage der Erzieherin Nuray Ariöz gegen die Stadtverwaltung der Kleinstadt Ebersbach (Kreis Göppingen). Die Stadtverwaltung kündigte der Erzieherin, nachdem sie mit Kopftuch zu ihrem Dienst erschienen war und sich weigerte, es abzulegen. <http://www.baden-wuerttemberg.de>

Initiativen in den Bereichen Migrations- und Entwicklungspolitik wurden im Laufe des Monats Oktober beraten.

**Europäisch-Afrikanische Migrationskonferenz:** Kurz nach den Ereignissen in Ceuta und Melilla reiste der spanische Außenminister Miguel Ángel Moratinos (PSOE) am 11. Oktober in die marokkanische Hauptstadt Rabat, wo er mit seinem Amtskollegen Mohamed

Kritik: Vor einer Datenweitergabe müsse erst sichergestellt werden, dass dem Asylbewerber keinerlei Verfolgung im Herkunftsland aufgrund dieser Informationen drohe.

Im Nationalrat betonte das linke Lager (SP, Grüne), dass sich das Gesetz an der Menschenwürde und nicht an „Fremdenhass“ orientieren müsse. Im Gegensatz dazu hob das bürgerliche Lager (SVP, FDP, CVP) hervor, dass der aktuelle Missbrauch der Asylregelungen gestoppt werden müsse. Justizminister Blocher unterstrich zwar, dass die humanitäre Tradition in der Schweiz durch die Gesetzesänderungen unangetastet

bleibe, konnte aber nicht verhindern, dass das linke Lager im Nationalrat ein Referendum ankündigte. In einem Referendum müssen die Änderungen mehrheitlich angenommen werden, bevor das Gesetz in Kraft tritt. Wird die Gesetzesnovelle abgelehnt, muss sie neu verhandelt werden.

Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen sowie Kirchenkreise hatten vor der Abstimmung gemeinsam an die Berücksichtigung der grundlegenden Menschenrechte bei den Gesetzesänderungen appelliert und kündigten ihre Unterstützung für ein Referendum an. Auch das UNHCR zeigte sich besorgt: „Wir sind enttäuscht, dass eine neue restriktive Gesetzgebung verabschiedet wurde, obwohl die Zahl der Asylanträge in der Schweiz ständig abnimmt und nun auf dem niedrigsten Stand seit 1987 ist.“ Die Zahl der Asylgesuche ist, wie beispielsweise auch in Deutschland, den Niederlanden und Großbritannien, in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken (Schweiz: 1998: 43.395; 2001: 21.273; 2004: 14.248). Auch im laufenden Jahr scheint sich der rückläufige Trend zu bestätigen. *th*

Weitere Informationen: <http://www.bfm.admin.ch>, <http://www.unhcr.ch>, <http://www.parlament.ch>

## EU: Reaktionen auf das Flüchtlingsdrama in Ceuta und Melilla

Die massiven Versuche zur Überwindung der Grenzanlagen um die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla (siehe S. 1) bestimmten auch die Tagesordnung der Europäischen Union. Mehrere

Benaissa (parteilos) ein gemeinsames Memorandum zur Einberufung einer europäisch-afrikanischen Migrationskonferenz unterzeichnete. Diese sollte möglichst kurzfristig in Marokko stattfinden und alle Auswanderungs-, Transit- und Zielländer der Region einbeziehen. Ziel einer solchen Konferenz auf Außenministerbene sei es, „aufeinander abgestimmte Mechanismen“ zur Steuerung der Migrationsströme zu behandeln.

**Treffen der Afrikanischen und der Europäischen Union:** Nur einen Tag darauf fand in Brüssel ein Treffen der Europäischen Kommission mit der Kommission der Afrikanischen Union (AU) statt. Dabei übte der AU-Kommissionspräsident Alpha Oumar Konaré scharfe Kritik an der EU. Die Agrarwirtschaft in vielen Regionen Afrikas werde durch subventionierte Exporte aus der EU zerstört, so Konaré. Auch wandte er sich gegen Überlegungen zu begrenzten Zuwanderungskontingenten nach den Bedürfnissen der EU und bezeichnete dies als „geistige Ausplünderung“ Afrikas.

**EU-Afrika-Strategie und Grenzschutz:** Im Vorfeld des Treffens beschloss die EU-Kommission die „Strategie der Europäischen Union für Afrika“. Sie beinhaltet eine stärkere Kooperation mit den Herkunftsländern, die Förderung „verantwortungsvoller Staatsführung“ sowie mehr Handel und einen Ausbau der Infrastruktur. Dazu zählt außerdem eine Erhöhung der finanziellen Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit. Diese sollen bis zum Jahr 2015 rund 0,7% des Bruttonationaleinkommens der EU-Mitgliedsländer betragen.

**Ministerratssitzung:** Bei einer gleichzeitig in Luxemburg stattfindenden Sitzung des Ministerrates für Justiz und Inneres bekräftigte der noch amtierende deutsche Innenminister Otto Schily (SPD) seinen Vorschlag zur Einrichtung von Asyl-Anlaufstellen in Nordafrika (vgl. MuB 6-8/04). Auch das Konzept der regionalen Schutzprogramme (vgl. MuB 8/05) wurde beraten. Eine EU-Delegation, die die Exklaven Ceuta und Melilla sowie Madrid und Rabat vom 7. bis 11. Oktober bereiste,

#### Deutschland: Ausgabe der e-Pässe hat begonnen

Am 1. November begann die Bundesregierung mit der Ausgabe der neuen digitalen Reisepässe. Der so genannte e-Pass unterscheidet sich von dem bisherigen nur geringfügig. Auf dem vorderen Deckel ist zukünftig ein Chip eingelassen, auf dem ein digitales Passfoto sowie ab März 2007 zwei elektronische Fingerabdrücke gespeichert sind (vgl. MuB 6/05). Die Daten werden nicht zentral erfasst, sondern sind nur auf dem Dokumentenchip gespeichert. Sie können in den ausstellenden Behörden von den Bürgern eingesehen und überprüft werden. Ein Verändern oder unberechtigtes Einlesen der Daten soll durch Versiegelung des Chips sowie Verschlüsselung der Datensätze unmöglich gemacht werden. Die Gewährung des Datenschutzes ist unter Fachleuten dennoch umstritten.

Die neuen Pässe werden in Zukunft 59 Euro statt bisher 26 Euro kosten. Bereits ausgestellte Pässe behalten ihre bis zu 10-jährige Gültigkeit. Dies betrifft auch die zwischen November 2005 und März 2007 ausgestellten Pässe, die nur das digitale Foto enthalten.

Seit Anfang Oktober sind die Passbehörden mit Informationsmaterial für die Bürger ausgestattet. Das Bundesinnenministerium hat ein Informationsportal im Internet eingerichtet: <http://www.ePass.de>

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) hat darüber hinaus einen Bürgerservice eingerichtet: Tel.: 01805 274 300, E-Mail: [epass@bsi.bund.de](mailto:epass@bsi.bund.de)

### Kurzmeldungen – Europa

**Britisch-libysches Rücknahmeabkommen**  
Großbritannien hat ein Abkommen mit Libyen über die Rücknahme libyscher Staatsbürger unterzeichnet. Darin sichert Libyen zu, von Großbritannien abgeschobene Personen wieder aufzunehmen, ohne sie unmenschlich zu behandeln, also u. a. nicht zu foltern. Eine ähnliche Übereinkunft gibt es bereits mit Jordanien. Menschenrechtsgruppen kritisierten, die Vereinbarungen stünden in Zusammenhang mit der verschärften Abschiebepaxis der britischen Regierung im Zuge der Anti-Terror-Gesetze (vgl. MuB 7/05, 8/05).

#### Österreich: Visa-Skandal

Auch in Österreich deutet sich ein Visa-Skandal an. Wegen des Verdachts, im österreichischen Konsulat in Budapest mit Visa gehandelt zu haben, sind in Österreich fünf Personen festgenommen worden. Darunter sind ein amtierender Diplomat aus dem konsularischen Dienst sowie ein pensionierter Mitarbeiter der Konsularabteilung, wie das österreichische Außenministerium bestätigte. Ermittelt wird auch gegen zwei Selbständige, die fingierte Einladungen ausgestellt haben sollen. Die Vorwürfe beziehen sich auf mehrere Jahre bis einschließlich Anfang 2003. Neben der Staatsanwaltschaft Wien ist die Antikorruptionsstelle des Innenministeriums (Büro für Interne Angelegenheiten) mit den Ermittlungen beauftragt. „Vollständige Aufklärung“ sei das Ziel, so das Ministerium.

#### Frankreich: Festnahme Terrorverdächtiger

Die Polizei hat im Großraum Paris und der Normandie 9 Terrorverdächtige festgenommen. Sie sollen Anschläge in Paris auf die U-Bahn, den Flughafen und die Geheimdienst-Zentrale geplant haben und der islamistischen „Gruppe für Gebet und Kampf“ (GSPC) aus Algerien angehören. Die Gruppe hatte bereits 1995 eine Anschlagserie mit zahlreichen Todesopfern in Paris verübt. Die Razzia fand vor dem Hintergrund einer angekündigten Verschärfung der Anti-Terror-Gesetze statt, die eine EU-Richtlinie nach den Anschlägen in Madrid vom 11. März 2004 umsetzen soll. Innenminister Nicolas Sarkozy (UMP) stellte umgehend einen Entwurf für ein Anti-Terror-Gesetz vor. Dieser soll am 22. November in der Nationalversammlung beraten werden.  
<http://www.interieur.gouv.fr>

#### EU: Visa-Erleichterung für Russen

Auf dem 16. EU-Russland-Gipfel hat die EU der russischen Regierung eine Erleichterung der Visa-Bestimmungen zugesagt. Diplomaten, Geschäftsleute und Studenten können dann leichter in EU-Staaten einreisen. Visa für kurzfristige Aufenthalte sollen künftig innerhalb von 10 Tagen erhältlich sein. Im Gegenzug verpflichtet sich Russland zur Rückübernahme von Drittstaatsangehörigen, die ohne Aufenthaltserlaubnis aus Russland in die EU eingereist sind. <http://www.eu2005.gov.uk>

stellte auf der Sitzung einen Bericht zur Situation an der Außengrenze zu Afrika, den Charakteristika der illegalen Zuwanderung von Afrika nach Europa sowie zu möglichen politischen Maßnahmen vor.

Der für Migrationspolitik zuständige EU-Kommissar Franco Frattini bot Marokko Unterstützung bei der Ausbildung seiner Grenzschutztruppen an. Bereits Anfang Oktober wurden der marokkanischen Regierung finanzielle Hilfen in Höhe von 40 Mio. Euro für die Aufstockung des Grenzschutzes zugesagt.

Gleichzeitig forderte die Kommission Marokko auf, bis Ende November ein Rücknahmeabkommen mit der EU abzuschließen. Marokko soll sich verpflichten, Personen, die über Marokko in die EU einreisen, bzw. abgeschobene marokkanische Staatsbürger zurückzunehmen. Verhandlungen dazu laufen bereits seit über zwei Jahren.

**Globales Einwanderungsprogramm:** Auf einer informellen Sitzung Ende Oktober im englischen Hampton Court unterstützten die Justiz- und Innenminister der EU-Mitgliedstaaten nahezu einstimmig einen französisch-spanischen Vorschlag für ein „globales Einwanderungsprogramm“. Die vom französischen Premierminister Dominique de Villepin (UMP) und dem spanischen Regierungschef José

Luis Zapatero (PSOE) vorgelegte Initiative, die auf dem EU-Gipfeltreffen im Dezember konkretisiert werden soll, beinhaltet vier Bereiche.

So seien gemeinsame Richtlinien für die Überwachung der EU-Außengrenzen zu entwickeln, wobei insbesondere die seit Mai 2005 bestehende Europäische Grenzschutzagentur (vgl. MuB 9/03; 9/04) gestärkt werden soll. Zweitens müsse die Union weitere Rücknahmeabkommen mit Herkunfts- und Transitländern illegaler Migranten anstreben. Bislang bestehen derartige multilaterale Abkommen lediglich mit Albanien, Russland und Sri Lanka. In zukünftigen Verträgen mit EU-Nachbarstaaten sowie Herkunftsländern von Migranten solle außerdem die Steuerung von Zuwanderung einbezogen werden. Drittens sollen die finanziellen Mittel im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern des subsaharischen Afrika erhöht werden. Dabei müssten auch Gelder der gemeinschaftlichen Kooperationsprogramme mit dem Mittelmeer-Raum (MEDA) sowie Osteuropa und Asien (TACIS) für entsprechende Maßnahmen bereitgestellt werden. Schließlich sieht die Initiative eine Verdoppelung der Gemeinschaftsmittel für die Zuwanderungspolitik auf jährlich 400 Mio. Euro vor.

Der spanische Regierungschef Zapatero kündigte außerdem an, dass Frankreich, Marokko und Spanien auf der 10. Euro-Mittelmeer Konferenz am 28. November in Barcelona die Erweiterung dieses Forums um die Bereiche Justiz und Inneres mit dem Schwerpunkt Zuwanderung vorantreiben werden.

In einem offenen Brief an den EU-Ministerrat für Justiz und Inneres forderte die Menschenrechtsorganisation Amnesty International ein „radikales Umdenken“ in der europäischen Flüchtlingspolitik: „Statt den Flüchtlingsschutz in der Welt zu stärken, scheint die EU-Politik eher darauf gerichtet zu sein, die Menschen mit allen Mitteln aus der EU herauszuhalten“, so Amnesty. Ähnliche Kritik äußerte der Europäische Flüchtlingsrat ECRE. *sta*

Weitere Informationen:

[http://www.migration-info.de/dum\\_doks/mission-report\\_ceuta-mel.doc](http://www.migration-info.de/dum_doks/mission-report_ceuta-mel.doc)  
[http://ue.eu.int/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/de/jha/86692.pdf](http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/jha/86692.pdf),  
[http://doku.cac.at/EU-Africa-Strategy\\_Kom\\_Communication\\_Oct2005.pdf](http://doku.cac.at/EU-Africa-Strategy_Kom_Communication_Oct2005.pdf),  
<http://www.ecre.org/positions/Melilla.pdf>

## Weiterbildung / Veranstaltungen

### Interkulturelle Qualitätsentwicklung

Das Institut für interkulturelle Qualitätsentwicklung München bietet gemeinsam mit dem Institut für Fort- und Weiterbildung, Forschung und Entwicklung der katholischen Stiftungsfachhochschule München ab März 2006 eine 3-semestrierte Ausbildung zur Traineein bzw. zum Trainer für interkulturelle Verständigung an. Die umfassende Qua-

soziokulturellen Arbeit sowie an Referentinnen und Referenten der Jugend- und Erwachsenenbildung, der Personalentwicklung und der Organisationsentwicklung.

Weitere Informationen: <http://www.i-iqm.de>, Anmeldung unter <http://www.kfsh.de>

### Interkultureller Dialog in Berlin

**Titel:** Berliner Tage des Interkulturellen Dialogs 2005  
**Inhalt:** Es finden rund 40 Dialogrunden zu den Themen Integration, Diskriminierung und Interkulturelles Miteinander statt.

**Datum:** 3.-25.11.2005

**Informationen:** Antirassistisch-Interkulturelles Informationszentrum ARiC Berlin e. V., Chausseest. 29, 10115 Berlin, Tel.: (030) 308 799-0, E-Mail: [aric@aric.de](mailto:aric@aric.de), Internet: [http://www.aric.de/aktuelles/tid\\_2005](http://www.aric.de/aktuelles/tid_2005)

lifizierung wendet sich an Führungskräfte und Fachpersonal der sozialen, gesundheitsbezogenen oder

## Literatur

### Rezension: Toralf Staud: „Moderne Nazis – Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD“

Toralf Staud legt nach jahrelanger Beobachtung der rechten Szene im Rahmen seiner journalistischen Tätigkeit eine sehr gelungene und detailreiche Studie nicht nur zur NPD, sondern auch zum rechten Rand der deutschen Gesellschaft vor. „Die neue NPD ist sozialistisch und revolutionär, europä- und globalisierungsfeindlich, antichristlich, völkisch, rassistisch und antisemitisch und sie verharmlost das Dritte Reich.“ So resümiert ZEIT-Journalist Staud in seinem Buch „Moderne Nazis“ den ideologischen Zustand der neuen Rechten.

Im ersten Teil des Buches präsentiert Staud die politischen Anfänge rechtsextremer Gruppen, deren Rivalitäten und Übernahmen sowie die Biografien des rechtsextremen Spitzenpersonals. Ferner geht er auf die ersten Wahlerfolge bei verschiedenen Landtagswahlen in den 1970er Jahren, den anschließenden Niedergang der Rechten in den 1980ern und den erneuten Aufstieg im Osten Deutschlands nach der Wiedervereinigung ein. Dabei legt er die ideologischen Wandlungen und Anpassungen der NPD von völkisch-national über national-ökologisch und national-sozialistisch bis hin zur derzeitigen, eingangs geschilderten Ideologie offen.

„Die NPD und ihre Weltanschauung mögen in den Parlamenten isoliert sein, in der Bevölkerung sind sie es nicht“, meint Staud in seinem Buch. Das gescheiterte NPD-Verbot habe der Partei letztlich nur geholfen, ihre „Graswurzelrevolution in Ostdeutschland“ voranzutreiben. Ihr eigentliches Ziel bestünde nicht im Erringen

parlamentarischer Erfolge, sondern darin, die kulturelle Hegemonie in der deutschen Gesellschaft zu erlangen.

Wie weit die NPD damit bereits vorgedrungen ist, zeigt Staud im zweiten Teil seines Buches, in dem er die derzeitigen Verhältnisse im Osten Deutschlands

Kölischer Kunstverein  
Projekt Migration  
ein Initiativprojekt der  
Kulturstiftung des Bundes

- bis 15.1.2006 Ausstellung PROJEKT MIGRATION  
25.–27.11. 19 Uhr Performance Tulip House: Kiosk für nützliches Wissen: Ein Leben in vier Stunden. Eine Versuchsanordnung zur Erinnerung an die Stadt.  
30.11. 18 Uhr Vortrag „Zertifikat Deutsch“, Universität Köln  
1.12. 19 Uhr Lesung zu Hip Hop und Migration, Hannes Loh und Murat Güngör, Konzert von Bektas  
8.12. 19.30 Uhr Nordrhein-Westfälische Migrationsgespräche „Ausländer in Deutschland, 1885 bis 2005: eine schwierige Geschichte“, Domforum  
8.–11.12. Filmfestival „Familien Bande“ kuratiert von Madeleine Bernstorff und Marion von Osten  
13.12. 19.30 Uhr Nordrhein-Westfälische Migrationsgespräche „2–3 Jahre Deutschland, was ist daraus geworden? Migrantengeschichten“, Domforum  
14.12. 18 Uhr Vortrag „Zwischen Barrieren und Ressourcen – Bildungswege von Jugendlichen mit Migrationshintergrund“, Universität Köln  
20.12. 18 Uhr Festakt zum 50-jährigen Jubiläum des ersten Anwerbevertrages Deutschland–Italien

Kölischer Kunstverein  
Die Brücke, Hahnenstr. 6, 50667 Köln  
Tel: +49.221.8697 647  
info@projektmigration.de  
www.projektmigration.de

### Kurzmeldungen – Welt

#### Pakistan: Fluchtbewegungen nach Beben

Die Erdbebenkatastrophe im Norden Pakistans hat zu einer beträchtlichen Zahl von Binnenflüchtlingen geführt. Rund 73.000 Todesopfer wurden bisher gemeldet (Stand 3.11.), rund 3 Mio. Menschen verloren ihr Obdach. „Die allermeisten von ihnen sind auf der Flucht, d. h. sie müssen ihre Heimatdörfer verlassen und ziehen durchs Krisengebiet“, so Udo Stolte, Präsident des Hilfswerks Shelter Now. Die Hilfsorganisationen versuchten nun, so schnell wie möglich 300.000 Zelte für die Obdachlosen zu beschaffen, bevor der Winter beginnt. Eine großflächige Evakuierung der Betroffenen aus dem Gebiet mit Hubschraubern ist wegen der Witterung und fehlender Ressourcen unwahrscheinlich.  
<http://www.shelter-now.org/german/index.html>,  
<http://www.unhcr.ch>

beobachtet und nach Erklärungen für die dortige Verankerung ihrer Ideologie in bestimmten Teilen der Bevölkerung sucht. Die rechtsextreme Subkultur in Ostdeutschland nutzt die NPD geschickt; ihr Spitzenpersonal bezieht sie aus dem bürgerlich national-konservativen Establishment. Im sächsischen Landtag wenden sich die NPD-Vertreter populistischen Themen zu, bedienen sich der Argumente der anderen Parteien und spielen diese in den Entscheidungsprozessen gegeneinander aus. Rechtsextremisten sind „nicht dumm“, so Stauds Schlussfolgerung. Das Parlament dient lediglich als Geldmaschine, Kaderausbildungsstätte und Propagandabühne für die Rechten.

Die Unterstützung der rechtsextremen Jugendkultur, das Aufgreifen des alltäglichen Rassismus sowie die Sehnsucht nach einem starken Staat in Anbetracht sozialer Härte bringen die NPD ihrem Ziel, der provinziellen, ideologischen Unterwanderung, ein großes Stück näher, so der Autor. Daher fordert er abschließend eine offensivere Auseinandersetzung mit der NPD, um deren politischen Argumentationen zu widerlegen und bloßzustellen. Die rechte Subkultur könne nur erfolgreich bekämpft werden, wenn man stärker demokratische Werte vermittele und die Zivilgesellschaft sowie Initiativen gegen rechts fördere. *th*

Toralf Staud: **Moderne Nazis – Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD**. 2005, Köln, 232 S., ISBN: 3-462-03638-6, Preis: 8,90 Euro, Bestellung: <http://www.kiwi-koeln.de>

## Impressum

Herausgeber: Netzwerk Migration in Europa e. V., Limonenstraße 24, 12203 Berlin, Tel.: +49 (0)30 456 3173, Fax: +49 (0)30 92400 996, E-Mail: [MuB@network-migration.org](mailto:MuB@network-migration.org); [newsletter@focus-migration.de](mailto:newsletter@focus-migration.de); ISSN: 1435-7194

Kooperationspartner: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Redaktion: Antje Scheidler (verantwortl.), Stefan Alscher, Marcus Engler, Gunnar Geyer (HWWI), Thomas Hummitzsch, Rainer Münz, Veyssel Özcan, Jan Schneider (i. A. der bpb), Christoph Wöhrle

Bestellung: [www.migration-info.de/kontakt](http://www.migration-info.de/kontakt) oder [newsletter@focus-migration.de](mailto:newsletter@focus-migration.de)

Die Herausgabe des Newsletters „Migration und Bevölkerung“ wird von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und dem Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) gefördert. Die darin veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der bpb und des HWWI wieder. Der Abdruck von Artikeln, Grafiken und Auszügen ist bei Nennung der Quelle erlaubt. Um die Übersendung von Belegexemplaren wird gebeten.

Weitere Online-Ressourcen: [www.network-migration.org](http://www.network-migration.org), [www.bpb.de](http://www.bpb.de), [www.migration-research.org](http://www.migration-research.org), [www.focus-migration.de](http://www.focus-migration.de)

Dieser Newsletter und alle bisher erschienenen Artikel sind online verfügbar unter: [www.migration-info.de](http://www.migration-info.de)